

# Handbuch Recht der Streitkräfte

v. Kielmansegg / Terhechte / Weingärtner

2025

ISBN 978-3-406-80596-7

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

von Kielmansegg/Terhechte/Weingärtner  
Handbuch Recht der Streitkräfte



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Handbuch Recht der Streitkräfte

Grundlagen – Organisation – Einsatz

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Sebastian Graf von Kielmansegg**

Professor für Öffentliches Recht und Medizinrecht  
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

**Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte†**

Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht sowie  
Kartell- und Regulierungsrecht an der Leuphana Universität Lüneburg;  
ehem. Professor an der University of Glasgow; Vizepräsident der Universität Lüneburg

**Dr. Dieter Weingärtner, Ministerialdirektor a. D.**

ehem. Leiter der Rechtsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

2025

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:  
v. Kielmansegg/Terhechte/Weingärtner StreitkräfteR-HdB/Groh § 1 Rn. 1

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG  
**beck.de**

ISBN 978 3 406 80596 7

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza  
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort

Es ist noch gar nicht so lange her, dass ein amtierender Bundespräsident ein „freundliches Desinteresse“ der Gesellschaft an der Bundeswehr beklagte. Die deutschen Streitkräfte waren in fernen Gegenden der Welt im internationalen Einsatz, um Frieden zu sichern, Konfliktprevention und Krisenbewältigung zu betreiben und Aufbauhilfe zu leisten. Im Inland waren sie vor allem sichtbar, wenn sie bei Naturkatastrophen und Epidemien den zuständigen zivilen Behörden Amtshilfe leisteten. Seither haben sich die Zeiten „gewendet“. Die geopolitische Lage hat sich zugespitzt, zuletzt mit einer Dramatik, die die wenigsten für möglich gehalten haben. Die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 war ein Vorbote, der jedenfalls in militärischen Fachkreisen ein Umdenken einleitete – die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung begann wieder in den Vordergrund zu rücken. Der offene russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 löste auf Politik und Öffentlichkeit dann eine Schockwirkung aus. Seitdem tobt innerhalb Europas ein Krieg in seiner vollen Härte und Unerbittlichkeit. Der Eintritt des Bündnisfalls, namentlich durch ein russisches Vorgehen gegen die Länder Mittelosteuropas, ist wieder ein Szenario geworden, das als Möglichkeit einkalkuliert werden muss. Damit erscheint auch eine Einbeziehung der Bundeswehr in eine derartige militärische Konfrontation nicht mehr ausgeschlossen – eine „Zeitenwende“, wie der damalige Bundeskanzler Scholz es prägnant formuliert hat.

Mit dieser „Zeitenwende“ sind enorme Herausforderungen verbunden. Das gilt für die sächliche und personelle Ausstattung der Streitkräfte, die nach einer jahrzehntelangen Phase der Schrumpfung, Einsparungen und permanenten Umstrukturierung weit von dem entfernt ist, was für die aktuellen Aufgaben benötigt wird. Es gilt auch für die Neujustierung des immer schwierigen und kontroversen Verhältnisses von Politik und Gesellschaft zu den Streitkräften. Und es gilt auch für die Neuordnung der atlantischen Allianz angesichts der disruptiven Politik Donald Trumps. Wie gut und wie schnell all dies gelingen wird, ist ungewiss. Sicher ist aber, dass die Armee der Bundesrepublik Deutschland wieder in das Blickfeld der Politik und der Öffentlichkeit gerückt ist, und damit auch das rechtliche Umfeld, in dem sie tätig wird – bis hin zu aktuellen Verfassungsänderungen, deren Gegenstand die Streitkräfte sind.

Dieser Entwicklung entsprang die Idee, das für die Bundeswehr maßgebliche Recht in einem Handbuch darzustellen, wie es für andere, verwandte Rechtsbereiche wie das Polizeirecht oder das Staatsschutzrecht bereits existiert, für den militärischen Bereich aber bislang noch fehlte. Schon begrifflich ist diese Materie freilich schwer zu fassen. Traditionell wird für die rechtliche Ausgestaltung der das Militär betreffenden Sachverhalte schon seit Vorkriegszeiten die Bezeichnung „Wehrrecht“ verwendet. Diesem Rechtsgebiet widmen sich eine wissenschaftliche Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Wehrrecht und humanitäres Völkerrecht) und eine Fachzeitschrift (Neue Zeitschrift für Wehrrecht); auch verschiedene übergreifende Publikationen (Raap, Wehrrecht, 2021; Metzger, Wehrrecht, Vorschriftensammlung, 2021; Schwenck/Weidinger, Handbuch des Wehrrechts, Loseblattsammlung, letzte Ergänzungslieferung 2012) verwenden diese Terminologie im Titel.

Gleichwohl greift der Begriff des „Wehrrechts“ für die Konzeption dieses Handbuchs zu kurz. Er ist zum einen nicht eindeutig bestimmt und zum anderen tendenziell zu eng. Teilweise wird nicht einmal die Wehrverfassung zum Wehrrecht gezählt. Erst recht liegen andere thematisch relevante Materien des Verwaltungs- und Völkerrechts außerhalb dieser traditionellen Begrifflichkeit. Eben diese Vielschichtigkeit der für militärisches Handeln und die Organisation des Militärs einschlägigen Rechtsmaterien soll in diesem Handbuch auch über das klassische Wehrrecht hinaus abgebildet werden: das Recht der Streitkräfte in seiner Gesamtheit. Dass es die „Streitkräfte“ sind, auf die sich das Handbuch bezieht, und

nicht die „Bundeswehr“, ist wiederum der Tatsache geschuldet, dass die Bundeswehr als Organisation neben den Streitkräften auch die Bundeswehrverwaltung umfasst. Auf deren Tätigkeit und Organisation ist in weiten Teilen das zivile Verwaltungsrecht anwendbar, das in Ermangelung von Besonderheiten keiner Darstellung in diesem Handbuch bedarf.

Zentrale Elemente des Rechts der Streitkräfte, wie es in diesem Handbuch behandelt wird, bilden einerseits die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die völkerrechtlichen Bezüge des Tätigwerdens, insbesondere des Einsatzes der Streitkräfte und andererseits die innerdienstlichen Rechtsnormen des Militärs. Hinzu kommen auf die Bundeswehr bezogene Sondervorschriften in Rechtsgebieten wie dem Besonderen Verwaltungsrecht und dem Vergaberecht. Damit handelt es sich beim Inhalt des Handbuchs im Wesentlichen um Öffentliches Recht. Doch auch Aspekte des Strafrechts und des zivilen Haftungsrechts werden berücksichtigt. Die internationale Integration der Bundeswehr, ihre Finanzierung und die Rüstungsbeschaffung sind weitere Schwerpunkte. Gerade bei letzteren Themen ist es – ebenso wie beim Streitkräfteeinsatz – ein besonderes Anliegen des Handbuchs, nicht nur die Vorschriftenlage, sondern auch die Verfahrenspraxis zu betrachten.

Dieser komplexe und vielschichtige Stoff wird in sieben Teilen dargestellt:

Teil 1 „Grundlagen“ behandelt das historische und organisatorisch-institutionelle Fundament der Bundeswehr.

Teil 2 „Auftrag und Organisation“ hat vor allem die wehrverfassungsrechtlichen Grundlagen des Organisationsrechts zum Gegenstand.

Teil 3 „Internationale Einbindung der Bundeswehr“ befasst sich mit der Einbindung der Bundeswehr in NATO und EU, aber auch der Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland.

Teil 4 „Einsatzrecht“ stellt die nationalrechtlichen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen militärischer Einsätze dar.

Teil 5 „Rüstung und Beschaffung“ enthält Ausführungen zu dem neuralgischen Gesichtspunkt des Beschaffungswesens und der Rüstungs Kooperation.

Teil 6 „Schutz der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte“ befasst sich mit der Abwehr innerer und äußerer Gefahren für die Streitkräfte.

Teil 7 „Die Rechtsstellung des Soldaten“ behandelt die individualrechtlichen Aspekte des Soldatenstatus.

Die Verknüpfung von rechtsdogmatischer und rechtspraktischer Perspektive war auch ein maßgebliches Kriterium für den Autorenkreis. Dieser setzt sich – wie das Herausgeber team – einerseits aus ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der Rechtswissenschaft und Militärgeschichte, andererseits aus erfahrenen Praktikerinnen und Praktikern aus dem Bundesministerium der Verteidigung, der Rechtspflege der Bundeswehr und der Bundeswehrverwaltung sowie der Bundesanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft zusammen. Selbstverständlich stellen alle Autoren im Handbuch ihre persönliche Auffassung dar, die sich nicht mit derjenigen ihres Dienstherrn decken muss.

Dieses Handbuch ist weder Lehrbuch noch Kommentar, sondern soll allen an den Streitkräften Interessierten einen gründlichen und systematischen, aber verständlichen Einblick in die Rechtsnormen, die für die Bundeswehr von Bedeutung sind, und in ihre Auslegung und Anwendung ermöglichen. Dabei werden unvermeidlich Fehler unterlaufen und Lücken geblieben sein. Die Herausgeber freuen sich über konstruktive Kritik und über Hinweise und Anregungen für eine eventuelle künftige Neuauflage.

Die Herausgeber danken allen Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Mitwirkung an diesem Handbuch. Ohne sie und ihre Expertise ließe sich ein solches Vorhaben nicht verwirklichen. Unser besonderer Dank gilt auch Herrn Dr. Ulrich Eisenried, der als Lektor dieses Projekt nicht nur initiiert, sondern mit unermüdlichem Einsatz begleitet und ins Ziel getragen hat. Unentbehrlich war auch die Hilfe der Lehrstuhlteams der Herausgeber: Tom Chmela, Elias Hagner, Pevi Schröder, Lukas Sömmmer und Lara Ingwersen (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) sowie Johannes Bujara, Lucas Anton Lang, Jonas Noßwitz und Seval Simsek (Leuphana Universität Lüneburg).

Leider liegt auch ein Schatten auf der Entstehung dieses Handbuchs. Unser Mitherausgeber, Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte, ist nach schwerer Krankheit viel zu früh verstorben und hat das Erscheinen dieses Handbuchs, zu dem er so viel beigetragen hatte, nicht mehr erlebt. Dieses Werk erscheint auch im ehrenden Angedenken an ihn.

Kiel und Berlin im April 2025

Sebastian Graf von Kielmansegg  
Dieter Weingärtner

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

- Prof. Dr. Helmut Philipp  
Aust ..... Professor für Öffentliches Recht und die Internationalisierung der Rechtsordnung, Freie Universität Berlin (§ 18 B.)
- David Bäuerle ..... Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe (§ 22 C.)
- Svenja Berrang, LL.M.  
(Lancaster) ..... Regierungsdirektorin, Referentin Einsatzrecht in der Abteilung Recht und Organisation des Bundesministeriums der Verteidigung, Berlin (§ 21 C.)
- Danja Blöcher ..... Referatsleiterin i.V., Bundesministerium der Verteidigung, Bonn (§ 20 B. III.)
- Prof. Dr. Jan-Hendrik  
Dietrich ..... Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin (§ 21 B. III.)
- Prof. Dr. Christian Ernst ... Professor für Öffentliches Recht, Wirtschaftsrecht (einschließlich Vergaberecht) an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg (§ 24)
- Jochen Esser ..... Fegattenkapitän, Referent und Leiter der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle im Bundesministerium der Verteidigung, Bonn (§ 3)
- Prof. Dr. Robert Frau ..... Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Energie- und Umweltrecht an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg (§ 20 B. I.)
- Dr. Roland Fritzen ..... Vorsitzender Richter am Truppendienstgericht Süd (§ 26)
- Lena Göbel ..... Regierungsrätin, Referentin im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§ 20 B. III.)
- Prof. Dr. Kathrin Groh ..... Professorin für Öffentliches Recht an der Universität der Bundeswehr, München (§ 1)
- Dr. Andreas Gronimus ..... Rechtsanwalt, 2001–2016 Verbandssyndikus des Deutschen Bundeswehrverbandes e. V. (§ 36)
- Ulf Häußler ..... Ministerialrat, Arbeitsbereichsleiter im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§§ 13, 15, 25)
- Prof. Dr. Dr. h. c. Stephan  
Hobe, LL.M. .... Direktor des Instituts für Luft- und Weltraumrecht und Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität zu Köln (§§ 18 A., 19 A.)
- Prof. Dr. Till Patrik  
Holterhus, MLE.,  
LL.M. (Yale) ..... Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Internationales Öffentliches Recht sowie Rechtsvergleichung an der Leuphana Universität Lüneburg; Geschäftsführender Direktor des Center for European and International Law (CEIL) (§ 7)
- Prof. Dr. Ulrich Hufeld .... Professor für Öffentliches Recht und Steuerrecht an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (§ 19 B.)
- Dr. Esther Iglesias-Appuhn ..... Referatsleiterin im Planungs- und Führungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung, Berlin (§ 11)

## Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

---

- Dr. Robert Glawe ..... Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Hamburg (§ 23)
- Matthias Koch ..... Direktor im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (§ 29)
- Lucas Lang ..... Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leuphana Universität Lüneburg (§ 10)
- Prof. Dr. Heiko Meiertöns, M.Litt. .... Professor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Sicherheitsrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung am Fachbereich Nachrichtendienste, Berlin (§ 31)
- Prof. Dr. Philipp-Sebastian Metzger ..... Professor für öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht, Wehrrecht und internationales Einsatzrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung, Mannheim (§§ 32, 33, 34)
- Prof. Dr. Sönke Neitzel .... Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam (§ 2)
- Prof. Dr. Stefan Oeter ..... Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und ausländisches Öffentliches Recht an der Universität Hamburg (§ 5)
- Dr. Tim R. Salomon, LL.M. (Glasgow), M. A. (MFIS) ..... Regierungsdirektor und Fregattenkapitän der Reserve; Grundsatzreferent im für die Mandatierung und Evaluierung von bewaffneten Streitkräfteeinsätzen zuständigen Referat des Bundesministeriums der Verteidigung, Berlin (§ 4)
- Prof. Dr. Valentin Schatz ... Juniorprofessor für Öffentliches Recht und Europarecht mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit an der Leuphana Universität Lüneburg (§ 21 A.)
- Jennifer Lara Schiestel ..... Regierungsdirektorin, 2021–2023 Rechtsdozentin u. a. für militärisches Gleichstellungsrecht (§ 37)
- Privatdozent Dr. Roman Schmidt-Radefeldt ..... Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin (§§ 12, 17, 20 A.)
- Dr. Doreen Scholz-Siccha Vizepräsidentin des Truppendienstgerichts Nord (§ 35)
- Stefan Sohm ..... Ministerialdirigent, Unterabteilungsleiter in der Abteilung Recht und Organisation im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§ 8)
- Sylvia Spies-Otto ..... ehemalige Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§§ 16, 28)
- Prof. Dr. Paulina Starski .... Professorin für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (§ 20 B. II., § 22 A. und B.)
- Dr. Jan Stöß ..... Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Recht und Organisation im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§ 11)
- Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte† ..... Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht sowie Kartell- und Regulierungsrecht an der Leuphana Universität Lüneburg; ehem. Professor an der University of Glasgow; Vizepräsident der Universität Lüneburg (§ 10)
- Björn Voigt ..... Leitender Regierungsdirektor, Leiter Fachbereich Recht und Leiter der Wehrdisziplinaranwaltschaft für den Bereich Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (§ 30)

## Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

---

Prof. Dr. Sebastian Graf von Kielmansegg .....	Professor für Öffentliches Recht und Medizinrecht und Direktor des Instituts für Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (§§ 8, 14)
Dr. Fabian Walden, M.A. ...	Rechtsanwalt, Hamburg (§ 21 B. II.)
Prof. Dr. Christian Waldhoff .....	Professor für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin (§ 6)
Dr. Dieter Weingärtner .....	Ministerialdirektor a.D., ehem. Leiter der Rechtsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§§ 9, 27)
Dr. iur. Katharina Ziolkowski, LL.M. (UNSW) .....	Ministerialrätin, Referatsleiterin im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin (§ 21 B. I.)

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	IX
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	LVII
<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	1
§ 1 Die Wehrverfassung des Grundgesetzes: Genese und Herausforderungen ..	1
§ 2 Entwicklung der Bundeswehr .....	23
§ 3 Die Struktur der Bundeswehr .....	43
<b>2. Teil. Auftrag und Organisation</b> .....	63
§ 4 Der Verteidigungsauftrag .....	63
§ 5 Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung .....	95
§ 6 Verteidigungshaushalt und Finanzierung der Bundeswehr .....	107
§ 7 Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte .....	125
§ 8 Befehls- und Kommandogewalt .....	155
§ 9 Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung .....	195
§ 10 Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung .....	213
§ 11 Streitkräfte und ziviles Verwaltungsrecht .....	233
§ 12 Die Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall .....	255
<b>3. Teil. Internationale Einbindung der Bundeswehr</b> .....	277
§ 13 Einbindung in die NATO .....	277
§ 14 Einbindung in die Europäische Union .....	317
§ 15 Multinationale Hauptquartiere, Verbände und Einheiten, Einrichtungen und Operationen .....	349
§ 16 Dualisierungsrecht in Deutschland .....	373
<b>4. Teil. Einsatzrecht</b> .....	387
§ 17 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Inlandseinsätzen der Bundeswehr	387
§ 18 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr .....	405
§ 19 Parlamentsbeteiligung .....	437
§ 20 Im Einsatz anwendbares Recht .....	465
§ 21 Besondere Einsatzräume .....	551
§ 22 Haftung und Verantwortlichkeit .....	633
<b>5. Teil. Rüstung und Beschaffung</b> .....	663
§ 23 Rüstungsbeschaffung im parlamentarischen und administrativen Prozess ..	663
§ 24 Vergabeverfahren .....	689
§ 25 Internationale Rüstungskooperation .....	721
<b>6. Teil. Schutz der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte</b> .....	761
§ 26 Soldatisches Disziplinarrecht .....	761
§ 27 Schutz der Streitkräfte durch Strafnormen .....	785
§ 28 Die Abwehr von Extremismus und Spionage .....	799
§ 29 Die Überprüfung der sicherheitlichen Zuverlässigkeit von Soldatinnen und Soldaten .....	827
§ 30 Selbstschutz der Bundeswehr mittels unmittelbaren Zwangs .....	841

## Inhaltsübersicht

---

<b>7. Teil. Die Rechtsstellung des Soldaten</b> .....	861
§ 31 Grundsatz: Staatsbürger in Uniform und Innere Führung .....	861
§ 32 Der Soldatenstatus .....	885
§ 33 Rechte des Soldaten und Befehlsrecht .....	921
§ 34 Soldatische Pflichten .....	959
§ 35 Soldatisches Beschwerderecht .....	991
§ 36 Soldatische Beteiligungsrechte .....	1011
§ 37 Gleichstellung und Gleichbehandlung in den Streitkräften .....	1033
<b>Sachverzeichnis</b> .....	1047

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	1
<b>§ 1 Die Wehrverfassung des Grundgesetzes: Genese und Herausforderungen</b> .....	1
A. Westbindung und Multilateralismus .....	2
B. Die Armee im Aufbau – Abkehr von der Geschichte .....	5
C. Wehrrechtsnovellen – Primat des Politischen und des Rechts .....	6
I. Die erste Wehrnovelle 1954 – Kompetenzen und Wehrform .....	6
II. Die zweite Wehrnovelle 1956 – Die Wehrverfassung kommt ins Grundgesetz .....	8
1. Soldaten als Staatsbürger in Uniformen und Innere Führung .....	9
2. Parlamentarische Mehrfachkontrolle .....	13
3. Der Auftrag der Streitkräfte: Verteidigung .....	14
III. Die dritte Wehrnovelle: Die Notstandsverfassung von 1968 .....	15
1. Der Spannungs- und Verteidigungsfall .....	15
2. Der Einsatz der Streitkräfte im Innern .....	16
D. Historische Wehrverfassung im zeitgenössischen Praxistest .....	18
I. Armee im Auslandseinsatz .....	19
II. Das „Parlamentsheer“ .....	21
E. Die nur bedingt einsatzfähige Armee: Personal und Material .....	21
<b>§ 2 Entwicklung der Bundeswehr</b> .....	23
A. Wiederbewaffnung und Neuausrichtung der Streitkräfte (1949–1989) .....	24
B. Landesverteidigung im Kalten Krieg (1955–1989) .....	29
C. Die Ära der Auslandseinsätze (1990–2023) .....	32
I. Von Somalia bis in den Kosovo .....	32
II. Afghanistan und Mali .....	37
D. Zeitenwende (ab 2022) .....	40
E. Schlussbetrachtung .....	41
<b>§ 3 Die Struktur der Bundeswehr</b> .....	43
A. Grundstrukturen und aktueller Reformprozess .....	43
B. Die Streitkräfte .....	44
I. Die Teilstreitkräfte .....	45
1. Grundlagen .....	45
2. Heer .....	46
3. Luftwaffe .....	47
4. Marine .....	50
5. Cyber- und Informationsraum .....	52
II. Weitere militärische Organisationsbereiche der Streitkräfte .....	53
1. Streitkräftebasis .....	53
2. Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr .....	54
3. Umstrukturierung: Unterstützungsbereich der Bundeswehr .....	54
III. Weitere militärische Dienststellen .....	55
1. Das Operative Führungskommando der Bundeswehr .....	55
2. Führungsakademie der Bundeswehr .....	56
3. Zentrum Innere Führung .....	57
4. Luftfahrtamt der Bundeswehr .....	57
5. Planungsamt der Bundeswehr .....	58

C. Die zivilen Bereiche der Bundeswehr .....	58
I. Die Bundeswehrverwaltung .....	58
II. Rechtspflege .....	59
III. Militärseelsorge .....	59
IV. Militärischer Abschirmdienst .....	60
D. Ministerium und Spitzengliederung .....	60
I. Aufgaben und Funktionen des Verteidigungsministeriums im Überblick .....	60
II. Die Organisationsstruktur im Überblick .....	60
III. Die Leitungsebene .....	61
1. Der Minister .....	61
2. Die Staatssekretäre .....	61
3. Der Generalinspekteur der Bundeswehr .....	62
<b>2. Teil. Auftrag und Organisation .....</b>	<b>63</b>
<b>§ 4 Der Verteidigungsauftrag .....</b>	<b>63</b>
A. Genese des Verteidigungsauftrags in seiner heutigen wehrverfassungsrechtlichen Einbettung .....	64
B. Regelungsgehalt des Art. 87a Abs. 1 S. 1 GG .....	67
I. Rechtsfunktionen des Art. 87a Abs. 1 S. 1 GG .....	67
II. Vorüberlegungen zu einer Definition von Verteidigung .....	68
III. Der Begriff der Verteidigung .....	69
1. Landesverteidigung .....	71
2. Bündnisverteidigung .....	77
3. Kollektivverteidigung außerhalb von Bündnissen .....	78
4. Andere Formen der Verteidigung, Konfliktverhütung und -vorsorge .....	79
5. Zwischenfazit .....	82
C. Regelungsgehalt des Art. 87a Abs. 2 GG .....	83
I. Die Inlandsausrichtung des Art. 87a Abs. 2 GG .....	83
II. Ausgewählte Rechtsfragen der Wahrnehmung des Verteidigungsauftrags im Inland .....	88
D. Ausblick .....	93
<b>§ 5 Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung .....</b>	<b>95</b>
A. Entwicklungsgeschichte .....	95
B. Verteidigung als der normative Leitbegriff der Kompetenzzuweisung .....	96
I. Der Begriff der Verteidigung .....	96
II. Anwendungsbereich der Verteidigung und die umfassten Sachbereiche .....	97
III. Abgrenzung zu anderen Kompetenztiteln .....	101
C. Ergänzung des Kompetenztitels durch die Formel „einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“ .....	103
<b>§ 6 Verteidigungshaushalt und Finanzierung der Bundeswehr .....</b>	<b>107</b>
A. Einleitung und Fakten .....	107
B. Historische Aspekte der Verteidigungsfinanzierung .....	108
I. Rüstung – Finanzierung – Staatsbildung .....	108
II. Streit um den Wehretat im Konstitutionalismus .....	109
III. Weimarer Republik und „Schwarze Reichswehr“ .....	110
C. Internationalrechtliche Aspekte .....	111
I. Finanzierungsanforderungen im Verteidigungsbündnis – insbesondere das Zwei-Prozent-Ziel der NATO .....	111
1. Forderung nach Lastenteilung im Rahmen des Nordatlantikvertrages .....	111
2. Genese des Zwei-Prozent-Ziels der NATO .....	112

3. Nationale Haushaltsautonomie als äußere Grenze zwischenstaatlicher Rüstungszusagen .....	113
4. Politische Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels – insbesondere die Entwicklung der deutschen Verteidigungsausgaben .....	114
II. Finanzierung europäischer Verteidigungspolitik .....	116
D. Haushaltsrecht der Streitkräfte, insbesondere Art. 87a Abs. 1 S. 2 GG ...	117
I. Entstehung .....	117
II. Auslegung und Anwendung .....	118
III. Verteidigungsauftrag aus Art. 87a GG als Quantifizierungspflicht? ....	119
E. Rechtsfragen des 100 Milliarden-Sondervermögens .....	120
I. Sondervermögen im Haushaltsrecht des Grundgesetzes .....	120
II. Sondervermögen Bundeswehr .....	121
1. Hintergrund und Entstehungsgeschichte .....	121
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	121
3. Administration des Sondervermögens .....	122
4. Zusammengreifen mit der ordentlichen Haushaltsfinanzierung ....	123
5. Verfassungs- und rechtspolitische Problematik .....	123
<b>§ 7 Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte</b> .....	125
A. Einleitung .....	126
B. Begriff und Konzept der „parlamentarischen Kontrolle“ .....	126
C. Einzelne Aspekte der parlamentarischen Kontrolle .....	127
I. Mechanismen der parlamentarischen Kontrolle .....	127
1. Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung .....	127
2. (Verteidigungs-)Haushalt, insbesondere Anzahl und Organisation der Streitkräfte .....	129
3. Parlamentarische Kontrolle in der Rüstungsbeschaffung und -entwicklung .....	130
4. Parlamentarische Zustimmung zu Sicherheits- und Verteidigungsbündnissen .....	131
5. Zivile Kommandogewalt im parlamentarischen Regierungssystem .	132
6. Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Streitkräfte .....	133
7. Parlament und Bundeswehr im äußeren Notstand .....	135
8. Parlament und Streitkräfte im inneren Notstand .....	136
9. Allgemeine parlamentarische Kontrollmechanismen .....	137
II. Hilfsorgane der parlamentarischen Kontrolle .....	138
1. Verteidigungsausschuss .....	138
2. Der Wehrbeauftragte .....	144
3. Parlamentarisches Kontrollgremium .....	152
D. Die Bundeswehr als „Parlamentsheer“? .....	153
<b>§ 8 Befehls- und Kommandogewalt</b> .....	155
A. Die Befehls- und Kommandogewalt im Grundgesetz .....	156
B. Die historische Entwicklung der Befehls- und Kommandogewalt .....	158
I. Historische Vorläufer .....	158
1. Die konstitutionelle Monarchie .....	158
2. Weimarer Republik .....	160
3. Nationalsozialistische Zeit .....	161
II. Die Neuregelung im Grundgesetz .....	163
III. Der Oberbefehl in der DDR .....	164
C. Inhalt und Reichweite der Befehls- und Kommandogewalt .....	164
I. Grundlagen .....	164
1. Die Befehls- und Kommandogewalt als einheitlicher Kompetenzbegriff .....	164
2. Das Verhältnis zur Ressortkompetenz nach Art. 65 S. 2 GG .....	165

II. Der Gegenstand der Befehls- und Kommandogewalt .....	167
1. Grundsatz .....	167
2. Letztinstanzlichkeit und Delegationsfestigkeit .....	168
3. Vorbehalte zugunsten anderer Verfassungsorgane .....	169
III. Personelle und institutionelle Reichweite der Befehls- und Kommandogewalt .....	170
1. Grundsatz .....	170
2. Organisations- oder statusbezogener Ansatz .....	171
D. Die Befehls- und Kommandogewalt in den Strukturen der Bundesregierung .....	173
I. Verhältnis der Befehls- und Kommandogewalt zur Binnenstruktur der Bundesregierung .....	173
1. Institutionelle Garantie und Ressortzuschnitt des Bundesministers der Verteidigung .....	173
2. Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers .....	174
3. Kollegialkompetenzen der Bundesregierung .....	175
II. Die Vertretung in der Befehls- und Kommandogewalt .....	176
1. Vertretungsregelungen nach Geschäftsordnungsrecht .....	176
2. Zuordnung zwischen den Staatssekretären und Rolle des Generalinspektors .....	178
3. Die parlamentarischen Staatssekretäre .....	179
III. Die Spitzengliederung im BMVg und in den Streitkräften .....	179
1. Spitzengliederung und Gesetzesvorbehalt .....	179
2. Die historische Entwicklung der Spitzengliederung .....	181
E. Der Übergang der Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall (Art. 115b GG) .....	183
I. Grundsatz .....	183
II. Voraussetzungen und Zeitpunkt des Übergangs .....	184
III. Der Bundeskanzler als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt ...	185
1. Kompetenzzuwachs des Bundeskanzlers .....	185
2. Verhältnis zur Binnenstruktur der Bundesregierung .....	186
3. Vertretung des Bundeskanzlers in der Befehls- und Kommandogewalt .....	186
IV. Die Einbindung des Verteidigungsministers .....	187
F. Die Befehls- und Kommandogewalt in multinationalen und integrierten Strukturen .....	188
I. Unterstellungsverhältnisse in integrierten militärischen Strukturen ...	188
1. Kontext .....	188
2. Umfang und Begründung der Weisungsbefugnisse in integrierten Strukturen .....	189
3. Die rechtliche Herleitung der Weisungsbefugnisse internationaler Vorgesetzter .....	190
II. Verfassungsrechtliche Einordnung .....	191
1. Wahrung der Befehls- und Kommandogewalt .....	191
2. Übertragung und Beschränkung von Hoheitsrechten .....	192
<b>§ 9 Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung .....</b>	<b>195</b>
A. Grundpflicht und Grundrecht .....	195
B. Die Verpflichtung zum Wehrdienst .....	197
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	197
1. Terminologie .....	197
2. Entwicklung .....	198
3. Verfassungs- und Völkerrechtsmäßigkeit .....	199
4. Gebot der Wehrgerechtigkeit .....	200

II. Umsetzung .....	202
1. Regelung durch das Wehrpflichtgesetz .....	202
2. Die „Aussetzung“ der Wehrpflicht .....	204
C. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung .....	205
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	205
1. Terminologie .....	205
2. Entwicklung .....	205
3. Schutzbereich und Schranken .....	206
II. Ausgestaltung .....	208
1. Anerkennung nach dem Kriegsdienstverweigerungsgesetz .....	208
2. Zivildienst nach dem Zivildienstgesetz .....	209
D. Ausblick .....	209
<b>§ 10 Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung .....</b>	<b>213</b>
A. Einführung .....	213
B. Grundlagen und Entwicklung .....	214
I. Bundeswehrverwaltung als bundeseigene Verwaltung .....	214
II. Das verfassungsrechtliche Trennungsgebot .....	215
III. Entwicklung der Bundeswehrverwaltung .....	217
C. Aufgaben der Bundeswehrverwaltung .....	221
I. Personalwesen .....	221
II. Unmittelbare Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte .....	222
III. Weitere Aufgaben .....	223
D. Bundeswehrverwaltung als Teil der allgemeinen Staatsverwaltung .....	224
I. Personal .....	224
II. Rechtsgebundenheit .....	224
III. Handlungsformen .....	225
IV. Rechtsschutz .....	226
E. Entwicklungen .....	226
I. Privatisierung .....	226
II. Auslandseinsätze und Bundeswehrverwaltung .....	228
III. Trennungsgebot, Neuausrichtung der Bundeswehr und Zeitenwende .....	229
<b>§ 11 Streitkräfte und ziviles Verwaltungsrecht .....</b>	<b>233</b>
A. Rahmenbedingungen des Handelns der Streitkräfte .....	234
I. Aufgaben der Bundeswehr im Wandel der Zeit .....	234
II. (Grund)gesetzliche Verankerung .....	235
B. Bundeswehrklauseln .....	236
I. Überblick über Bundeswehrklauseln .....	236
II. Bundeswehrklauseln in einzelnen Rechtsgebieten .....	237
1. Arbeitsschutzrecht .....	237
2. Immissionsschutzrecht .....	238
3. Weiteres Umweltrecht .....	240
4. Verkehrsrecht .....	241
5. Waffenrecht .....	243
6. Exkurs: Das BwBBG als gesondertes Gesetz .....	243
C. Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze .....	245
I. Begrifflichkeit .....	245
II. Übersicht Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze .....	245
1. Bundesleistungsgesetz (BLG) .....	245
2. Wirtschaftssicherungsgesetz (WiSiG) .....	246
3. Verkehrssicherungsgesetz (VerkSiG) .....	246
4. Verkehrsleistungsgesetz (VerkLG) .....	247
5. Postsicherstellungsgesetz (PSG) und PostG (PostG) .....	247
6. Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG) .....	248

7. Wassersicherstellungsgesetz (WasSiG) .....	249
8. Arbeitssicherstellungsgesetz (ASG) .....	249
9. Wehrpflichtgesetz (WPfLG) .....	249
D. Verwaltungsrecht in der internen Regelungslandschaft der Bundeswehr ..	250
E. Zusammenfassung und Ausblick .....	253
<b>§ 12 Die Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall .....</b>	<b>255</b>
A. Äußerer Notstand und bewaffneter Konflikt .....	256
I. Annäherung an die Thematik .....	256
1. Politische Rahmenbedingungen .....	256
2. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	256
II. Die Tatbestände des äußeren Staatsnotstandes im Grundgesetz .....	257
1. Verteidigungsfall .....	257
2. Spannungsfall .....	258
3. Zustimmungsfall .....	258
4. Bündnisfall .....	259
III. Die Tatbestände der Notstandsverfassung im Lichte des Ukrainekrieges .....	260
IV. Von der Friedens- zur Notstandsrechtsordnung .....	261
B. Übergang der Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall .....	263
I. Historische und rechtsvergleichende Aspekte .....	263
II. Regelungszweck .....	264
III. Rechtliche Voraussetzungen .....	264
IV. Rechtsfolgen .....	265
1. Kompetenzzuwachs des Bundeskanzlers .....	265
2. Kompetenzaufspaltung des Verteidigungsressorts .....	266
3. Konsequenzen für die Bündnisintegration .....	266
C. Einsatz der Streitkräfte im Verteidigungsfall .....	267
I. Einsatz zur Landesverteidigung .....	267
II. Beachtung von humanitärem Völkerrecht .....	268
III. Wahrnehmung von Polizeiaufgaben .....	268
1. Hintergrund der verfassungsrechtlichen Regelungen .....	268
2. Bezug zum Verteidigungsauftrag .....	269
3. Zuwachs originärer Polizeiaufgaben .....	269
4. Anwendung von Kriegsrecht oder Polizeirecht .....	270
5. Aufgabenwahrnehmung zur Unterstützung der Polizei .....	271
IV. Konstitutiver Parlamentsvorbehalt .....	272
D. Die Streitkräfte als Bedarfsträger der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze .....	274
I. Zur Anwendbarkeit der Notstandsregelungen .....	274
II. Rechtsstaatliche Kautelen .....	275
III. Bedarfsträger .....	275
IV. Gesetzgeberische Reformen .....	276
<b>3. Teil. Internationale Einbindung der Bundeswehr .....</b>	<b>277</b>
<b>§ 13 Einbindung in die NATO .....</b>	<b>277</b>
A. Überblick .....	278
B. Geschichte der NATO .....	278
C. Die NATO-Perspektive .....	281
I. Die Rechtsquellen des Handelns der NATO .....	281
1. Nordatlantikvertrag und komplementäre völkerrechtliche Verträge ..	281
2. Völkervertragsrecht .....	283
3. Völkergewohnheitsrecht und EU-Recht .....	284

II. Die Beistandsarchitektur der NATO .....	285
1. Konsultationen (Artikel 4 des Nordatlantikvertrags) .....	285
2. Verteidigung (Artikel 5 des Nordatlantikvertrags) .....	286
3. Geographie und Angriffsobjekte (Art. 6 des Nordatlantikvertrags) .	288
III. Die Funktionsweise der NATO: Organisation und Verfahren .....	289
1. Organe und Einrichtungen der NATO .....	289
2. Verfahren der Entscheidungsfindung .....	295
3. Haushalt und Personal .....	301
4. Satzungen der NATO-Agenturen .....	302
D. Die nationale Perspektive .....	305
I. NATO-Mitgliedschaft und Handeln des Bündnisses als Gegenstand verfassungsrechtlicher Prüfung .....	305
II. Beiträge und Handlungen Deutschlands als Gegenstand verfassungsrechtlicher Prüfung .....	306
1. Zentrale Rechtsnormen und Rechtsgrundsätze des Grundgesetzes .	307
2. NATO und Bundeswehr in der Wahrnehmung des BVerfG .....	307
3. Das Handeln der NATO und im Rahmen der NATO als Ausdruck eines Integrationskonzepts .....	309
4. Parlamentsvorbehalt .....	313
5. Budgetrecht des Deutschen Bundestags .....	314
6. Berichtswesen und Transparenz .....	315
<b>§ 14 Einbindung in die Europäische Union .....</b>	<b>317</b>
A. Die Entwicklung der Verteidigungspolitik der EU .....	318
I. Ursprünge .....	318
II. Die Wende zur GSVP .....	319
III. Die weitere Entwicklung der GSVP .....	320
B. Gegenstand der GSVP .....	321
C. Rechtsgrundlagen der GSVP .....	321
I. Europäisches Primärrecht .....	321
1. Überblick .....	321
2. Insbesondere: Gemeinsame Verteidigung und Gemeinsame Verteidigungspolitik .....	322
3. Insbesondere: Die Beistandsklausel .....	325
II. Europäisches Sekundärrecht .....	329
D. Institutionelle Strukturen .....	330
I. PSK und EU-Militärausschuss .....	330
II. Europäischer Auswärtiger Dienst und EU-Militärstab .....	331
III. Weitere Einrichtungen .....	332
E. Die operative Dimension .....	333
I. Das Einsatzspektrum .....	333
1. Primärrechtliche Grundlagen .....	333
2. Bindung an das Völkerrecht .....	334
3. Die Einsatzpraxis der GSVP .....	334
II. Streitkräfte- und Kommandostrukturen .....	335
1. Streitkräftestrukturen in der GSVP .....	335
2. Kommandostrukturen in der GSVP .....	338
3. Flexibilität des Teilnehmerkreises .....	339
4. Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte .....	340
III. Finanzierung .....	342
F. Die Fähigkeitendimension .....	343
I. Grundlagen .....	343
II. Der Capability Development-Prozess .....	344

III. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit .....	345
IV. Rüstungsbinnenmarkt und Industriepolitik .....	346
<b>§ 15 Multinationale Hauptquartiere, Verbände und Einheiten,</b>	
<b>Einrichtungen und Operationen</b> .....	349
A. Überblick .....	349
B. Querschnittliche Rechtsfragen .....	351
I. Rechtsstellung, Governance, Auftrag und Aufgaben .....	351
II. Haushalt und Beschaffungen .....	352
III. Umgang mit und Schutz von Informationen, Informationsträgern und Infrastruktur .....	353
IV. Personal .....	354
V. Begriffliche Bedeutung der militärischen Integration .....	354
C. Multinationale Hauptquartiere .....	356
I. Multinationale Korps .....	357
1. Rechtsgrundlagen .....	357
2. Rechtspersönlichkeit .....	358
3. Integrierte Befehlsbefugnis .....	358
4. Sonstige Aspekte militärischer Integration .....	359
II. Europäisches Lufttransportkommando .....	359
III. Stab Commander Task Force Baltic .....	360
D. Multinationale Verbände und Einheiten .....	361
I. Multinationale Verbände und Einheiten außerhalb von NATO und EU .....	361
II. Insbesondere: Deutsch-Französische Verbände und Einheiten .....	362
1. Die Deutsch-Französische Brigade .....	362
2. Die binationale Lufttransportstaffel .....	363
E. Multinationale Einrichtungen .....	363
I. Militärische Einrichtungen .....	364
II. Zivile Einrichtungen .....	365
F. Multinationale Operationen .....	365
I. Systematik der Rechtsfragen multinationaler Operationen .....	366
II. Beispielsfall: ISAF vor der Unterstellung unter die NATO .....	368
III. Besonderheiten von UN-Operationen .....	369
G. Pflicht zur Achtung des Rechts des Aufnahmestaates bei Nutzung von Liegenschaften in Deutschland .....	370
<b>§ 16 Stationierungsrecht in Deutschland</b> .....	373
A. Einleitung .....	373
B. Stationierung im Rahmen der Bündnisverteidigung .....	374
I. Truppenstationierung .....	374
II. NATO-Hauptquartiere .....	383
C. Vorübergehender Aufenthalt von Streitkräften außerhalb der Bündnisverteidigung .....	385
<b>4. Teil. Einsatzrecht</b> .....	387
<b>§ 17 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Inlandseinsätzen der     Bundeswehr</b> .....	387
A. Rahmenbedingungen .....	388
I. Verfassungsgeschichtliche Entwicklungen .....	389
II. Verfassungsvorbehalt (Art. 87a Abs. 2 GG) .....	390
1. Einsatzbegriff .....	390
2. Trennungsgebot .....	393
3. Ausnahmeregel .....	394

III. Erweiterung des Verteidigungsbegriffs .....	394
IV. Heimatschutz und „vernetzte“ Sicherheit .....	396
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	396
I. Einsatzspektrum und Grundprinzipien .....	396
II. Innerer Notstand .....	398
1. Rechtlicher Rahmen .....	398
2. Tatbestandsvoraussetzungen .....	399
3. Subsidiarität .....	399
4. Einsatzszenarien .....	400
5. Entscheidung über den Ausnahmezustand .....	401
III. Katastrophennotstand .....	401
1. Begriffsklärung .....	401
2. Präventive Einsätze .....	403
3. Verfassungsänderung und Verfassungswandel .....	403
<b>§ 18 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr</b> .....	405
A. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen .....	406
I. Der politische Weg zur Etablierung von Auslandseinsätzen .....	406
II. Verfassungsrechtliche Ermächtigung von Auslandseinsätzen .....	408
1. Der Verfassungsvorbehalt des Art. 87a Abs. 2 GG .....	408
2. Einsätze zur „Verteidigung“ im Sinne des Art. 87a Abs. 1 GG .....	409
3. Einsätze mit ausdrücklicher Zulassung im Grundgesetz außerhalb der Verteidigung .....	411
III. Verfassungsrechtliche Grenzen von Auslandseinsätzen (Art. 25 und 26 GG) .....	413
IV. Exkurs: Grundrechtsbindung und Befugnisse im Ausland .....	415
B. Völkerrechtliche Voraussetzungen (ius ad bellum) .....	416
I. Überblick .....	416
II. Das Gewaltverbot aus Art. 2 Nr. 4 UN-Charta .....	417
1. Historische Entwicklung .....	417
2. Begriff der verbotenen Gewalt .....	417
3. In den internationalen Beziehungen .....	418
4. Schutzgüter des Verbots: territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit sowie die Vereinbarkeit der Gewaltanwendung mit den Zielen der Vereinten Nationen .....	419
III. Anerkannte Ausnahmen vom Gewaltverbot .....	420
1. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta .....	420
2. Das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta .....	423
3. Eingreifen auf Einladung .....	430
IV. Umstrittene völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe für den Einsatz militärischer Gewalt .....	430
1. Humanitäre Intervention und Schutzverantwortung .....	431
2. Rettung eigener und fremder Staatsangehöriger aus Notsituationen .....	433
V. Ausblick und offene Problemlagen .....	434
<b>§ 19 Parlamentsbeteiligung</b> .....	437
A. Judikatur und Gesetzgebung zum Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze .....	438
I. Entwicklung der Rechtsprechung zum Parlamentsvorbehalt .....	438
1. Out of Area-Urteil .....	439
2. AWACS II-Urteil .....	440
3. Lissabon-Urteil .....	441

4. Pegasus-Urteil .....	441
5. Zusammenfassung .....	442
II. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz .....	443
B. Erscheinungsformen der Parlamentsbeteiligung .....	444
I. Inlands- und Auslandseinsatz .....	444
II. Kompetenzrecht der auswärtigen Gewalt .....	445
1. Traditionelle Staatsauffassung .....	445
2. Modi parlamentarischer Beteiligung .....	446
III. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee .....	450
1. „Parlamentsheer“: Rechtsbegriff und Bekenntnisbegriff .....	450
2. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt .....	451
3. Mitregentschaft in der GSVP .....	456
IV. Waffenexport an der „Einsatz“-Grenze .....	459
1. Drittstaatennothilfe .....	459
2. Parlamentarische Kontrolle .....	461
V. Parlamentarisches Mitregieren .....	462
<b>§ 20 Im Einsatz anwendbares Recht .....</b>	<b>465</b>
A. Inlandseinsatz .....	467
I. Einsatz im inneren Notstand .....	468
1. Entscheidung über den Einsatz .....	468
2. Einsatzzweck .....	469
3. Anwendung von Polizeirecht .....	469
4. Anwendung von humanitärem Völkerrecht .....	471
II. Einsatz im Katastrophennotstand .....	473
1. Landesinterner (regionaler) Notstand .....	474
2. Landesübergreifender (überregionaler) Notstand .....	476
3. Verwendung spezifisch militärischer Waffen .....	477
4. Renegade-Fälle .....	479
III. Amtshilfe .....	481
B. Auslandseinsatz .....	481
I. Humanitäres Völkerrecht .....	481
1. Grundlagen .....	481
2. Anwendbarkeit .....	486
3. Grundlegende Regelungsprinzipien .....	492
4. Kombattanten und Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen .....	494
5. Zivilpersonen und andere besonders geschützte Gruppen .....	496
6. Weitere Personengruppen .....	500
7. Mittel und Methoden der Kriegsführung/Waffen- und Einsatzrecht .....	501
8. Zulässige Ziele .....	503
9. Besonderheiten im See- und Luftkrieg .....	507
II. Grund- und Menschenrechte .....	508
1. Der Schutz von Grund- und Menschenrechten im „offenen Verfassungsstaat“ .....	509
2. Menschenrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz .....	512
3. Unionsgrundrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz .....	525
4. Grundrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz .....	527
5. Schlussbetrachtung .....	532
III. Einsatzrecht in der Praxis .....	533
1. Verfassungsrechtliche Einsatzgrundlagen .....	533
2. Das Bundestagsmandat .....	537
3. „Recht“ im Einsatz .....	540
4. Besondere Herausforderungen jüngerer Zeit .....	544

<b>§ 21 Besondere Einsatzräume</b> .....	551
A. Seerecht .....	554
I. Seevölkerrecht .....	554
1. Maritime Zonen der Küstenstaaten .....	555
2. Hohe See und Gebiet .....	556
3. Flaggenprinzip .....	557
II. Status von Kriegsschiffen und militärischen Luftfahrzeugen .....	557
1. Definition von Kriegsschiffen .....	557
2. Immunität .....	558
3. Navigationsrechte .....	558
4. Meeresumweltschutz .....	559
III. Militärische Operationen in Friedenszeiten .....	559
1. Aufgaben im Bereich der maritimen Sicherheit .....	559
2. Militärübungen .....	562
3. Aufklärung .....	562
4. Seenotrettung .....	562
IV. Obligatorische Streitbeilegung nach Teil XV des SRÜ .....	563
1. Gerichtsbarkeit betreffend Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des SRÜ .....	563
2. Fakultative Ausnahme für „Streitigkeiten über militärische Handlungen“ gem. Art. 298 Abs. 1 lit. b SRÜ .....	564
3. Eilrechtsschutz durch vorläufige Maßnahmen .....	565
V. Friedliche Nutzung und Gewalt(androhungs-)verbot .....	565
1. Gebot der friedlichen Nutzung .....	565
2. Gewalt(androhungs-)verbot .....	566
3. Selbstverteidigung .....	566
VI. Ausblick .....	567
B. Cyber- und Informationsraum .....	568
I. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen für militärische Operationen im Cyberraum .....	568
1. Einleitung .....	568
2. Selbstschutz der Bundeswehr im Grundbetrieb .....	573
3. Aufklärung .....	573
4. Wirkung .....	575
5. Sorgfaltspflichten .....	587
6. Fazit .....	588
II. Wehrverfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für militärische Einsätze im Cyberraum .....	588
1. Verfassungsvorbehalt für Einsätze der Streitkräfte im Cyberraum ..	588
2. Ermächtigungsgrundlagen für den Einsatz der Streitkräfte im Cyberraum .....	595
3. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte im Cyberraum .....	600
III. Rechtliche Rahmenbedingungen für das Militärische Nachrichtenwesen .....	602
1. Einführung .....	602
2. Begriffe und Abgrenzungen .....	603
3. Organisation des Militärischen Nachrichtenwesens .....	608
4. Rechtsrahmen .....	610
5. Kooperationsrecht .....	616
6. Kontrollmechanismen .....	617
7. Ausblick .....	618

C. Weltraum .....	618
I. Der Weltraum als Dimension der militärischen Operationsführung ...	618
II. Weltraumrecht .....	619
1. Freier Zugang zum und freie Nutzung des Weltraums .....	619
2. Spezifische Verbote der militärischen Nutzung .....	620
3. Allgemeine Pflichten nach Art. IX WRV .....	620
4. Weitere Regelungen .....	622
III. Allgemeines Völkerrecht .....	622
1. Gewalt(androhungs-)verbot .....	622
2. Selbstverteidigung .....	623
3. Gegenmaßnahmen .....	626
IV. Humanitäres Völkerrecht .....	627
1. Unterscheidungsprinzip .....	627
2. Verhältnismäßigkeit .....	629
3. Vorsichtsmaßnahmen .....	630
V. Nationale Regelungen .....	631
<b>§ 22 Haftung und Verantwortlichkeit .....</b>	<b>633</b>
A. Amtshaftung .....	635
I. Grundstrukturen des Amtshaftungsanspruchs und seine „grundrechtliche Radizierung“ .....	635
II. Haftungsansprüche des Individuums auf völkerrechtlicher Ebene .....	636
III. Amtshaftungsansprüche im Kontext extraterritorialer Sachverhalte sowie im Kontext bewaffneter Konflikte .....	637
1. Anwendungsbereich .....	637
2. Problematische Voraussetzungen bei Auslandseinsätzen – Eine Nahaufnahme .....	640
3. Schlussbetrachtung .....	641
B. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit .....	641
I. Das völkerrechtliche Delikt – Die Grundstrukturen internationaler Verantwortlichkeit von Staaten und IO .....	642
II. Zurechnung .....	642
1. Unilaterale Einsätze .....	643
2. Multinationale Einsätze .....	643
III. „Derivative Verantwortlichkeit“ .....	648
IV. Resümee .....	649
C. Bundeswehr und Völkerstrafgesetzbuch .....	649
I. Grundlagen .....	649
1. Historisches und Zielsetzung .....	649
2. Auslegung .....	650
II. Allgemeiner Teil .....	650
1. Strafanwendungsrecht .....	650
2. Täterschaft, Teilnahme und Vorgesetztenverantwortlichkeit .....	651
3. Handeln auf Befehl .....	651
4. Verjährung .....	651
III. Ausgewählte Völkerrechtsverbrechen .....	651
1. Kriegsverbrechen .....	651
2. Verbotene Methoden der Kriegsführung (§ 11 VStGB) .....	652
3. Verbotene Mittel der Kriegsführung (§ 12 VStGB) .....	657
4. Kriegsverbrechen gegen Personen (§ 8 VStGB) .....	657
5. Konkurrenzen, Funktionsträgerimmunität und Kombattantenprivileg .....	658
IV. Strafverfolgung .....	659
1. Bundesanwaltschaft .....	659

2. Polizei und internationale Rechtshilfe .....	659
3. Bundeswehr .....	660
V. Fazit .....	660
<b>5. Teil. Rüstung und Beschaffung .....</b>	<b>663</b>
<b>§ 23 Rüstungsbeschaffung im parlamentarischen und administrativen</b>	
<b>Prozess .....</b>	<b>663</b>
A. Grundlegende Annahme .....	664
B. Historischer Abriss .....	665
I. Trennung von Bedarfsträgern und Bedarfsdeckern .....	665
II. Die Epoche der konventionellen Nachrüstung .....	666
III. Militärischer Bedarf im Spannungsfeld zu politischen Zielen .....	666
IV. Administrative Handhabe im Wandel der Zeit .....	667
C. Die Akteure .....	668
D. Die Reformbestrebungen seit den 2000er Jahren .....	669
I. Militärisch geführtes Koordinationsgremium .....	670
II. Nebeneinander von militärischer und ziviler Führung .....	671
III. Projektverantwortlichkeit im Team .....	673
IV. Projektverantwortlichkeit im Team .....	674
E. Der ressortinterne Prozess .....	674
F. Die Rechtsvorschriften .....	676
G. Die parlamentarische Beteiligung .....	676
I. Haushaltsausschuss und Verteidigungsausschuss .....	677
1. Die Obleute der Fraktionen im Ausschuss .....	678
2. Das Recht der Tagesordnung .....	678
3. Die Arbeitsgremien der Fraktionen im Bundestag .....	679
4. Geschlossener Ausschuss .....	679
5. Die Aufgaben der Ausschüsse .....	679
6. Der Einzelplan 14 im Verfahren der Haushaltsaufstellung .....	680
7. Die Rolle der Berichterstatter .....	681
II. Beschlussfassung bei größeren Beschaffungsvorhaben .....	681
1. Beschaffungsvorhaben mit besonderer sicherheits- oder militärpolitischer Bedeutung .....	682
2. Unterrichtung des Parlaments .....	682
3. Beschaffungsvorhaben von mehr als 25 Mio. EUR .....	683
4. Die qualifizierten Sperren gem. §§ 22, 24 BHO bei Beschaffungsvorhaben .....	684
III. Kritische Würdigung .....	684
1. Historischer Hintergrund .....	684
2. Auseinanderfallen der Tatbestandsmerkmale .....	685
3. Überdehnung der Kontrollfunktion .....	686
4. Starke Ressourcenbindung im Apparat .....	686
5. Kein erkennbarer Mehrwert .....	687
6. Kollision mit anderen Rechtsbereichen .....	688
<b>§ 24 Vergabeverfahren .....</b>	<b>689</b>
A. Einleitung .....	690
B. Grundstrukturen des Vergaberechts im Allgemeinen .....	690
C. Vergaberecht im Bereich Verteidigung und Sicherheit .....	693
I. Besondere Rahmenbedingungen des Rüstungsmarktes .....	693
II. Historische Entwicklung der rechtlichen Grundlagen .....	696
III. Rechtsquellen und Systematik .....	698

D. Anwendungsbereich des Sondervergaberechts für den Bereich Verteidigung und Sicherheit .....	699
I. Anwendungsbereich (§ 104 GWB) .....	699
II. Ausnahmen nach Art. 346 AEUV, § 107 Abs. 2 GWB .....	703
1. Grundlagen und Voraussetzungen .....	703
2. Praktische Handhabung und aktuelle Entwicklungen .....	707
III. Ausnahmen des § 145 GWB .....	709
IV. Ausnahmen des § 117 GWB .....	710
E. Besonderheiten im Vergabeverfahren im Bereich Verteidigung und Sicherheit .....	712
I. Informationssicherheit und Versorgungssicherheit als besondere Vergabegrundsätze .....	712
II. Spezifische Regeln für das Vergabeverfahren .....	713
1. GWB, VSVgV und VOB/A-VS .....	713
2. Gesetzliche Novellierungen und Reformprozesse .....	715
F. Probleme des Beschaffungswesens und die Rolle des Vergaberechts .....	718
1. Entscheidung über den konkreten Beschaffungsgegenstand .....	718
2. Strukturen und Prozesse .....	719
<b>§ 25 Internationale Rüstungskooperation .....</b>	<b>721</b>
A. Einleitung .....	722
B. Zur Geschichte der internationalen Rüstungskooperation mit Bezug zu Deutschland .....	723
I. Ursprünge der Beziehung von Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle .....	724
II. Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle 1945–1990 .....	724
III. Trennung von Rüstungskontrolle und Rüstungskooperation .....	726
IV. Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle nach 1990 .....	727
C. Internationale Rüstungskooperation: Nationale Interessen, Recht und Rechtspolitik .....	729
D. Die internationale Rüstungskooperation Deutschlands seit 1990 .....	731
I. Grundlagen .....	732
1. Regelungstechnik und Begriffsbildung .....	732
2. Regelungsgegenstände .....	733
II. Rüstungskooperation im LoI-6-Rahmen .....	733
1. Begriffsbestimmungen .....	734
2. Kooperationsmechanismen .....	734
III. Rüstungskooperation im Rahmen der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation – Organisation Conjointe de Coopération en Matière d’Armement (OCCAR) .....	735
1. Begriffsbestimmungen .....	736
2. ProgrammGovernance .....	736
3. Industriebeteiligung – Beschaffung .....	737
4. Besonderheiten bei der Durchführung von Programmen .....	737
IV. Rüstungskooperation im NATO-Rahmen .....	738
1. Rüstungskooperation im Rahmen der Konferenz der Rüstungsdirektoren .....	739
2. NATO-Verteidigungsplanungsprozess und Rüstungskooperation ..	739
3. NATO-Rüstungsagenturen .....	739
4. Science and Technology Organization (STO) .....	740
5. NATO-Innovationsinitiativen .....	740
V. Rüstungskooperation im EU-Rahmen .....	740
1. Vorbemerkung zur Bedeutung des intergouvernementalen EU-Rechts für die internationale Rüstungskooperation .....	741

2. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO) .....	741
3. Europäische Friedensfazilität (European Peace Facility – EPF) .....	743
4. Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency – EDA) .....	743
VI. Bilaterale Rüstungskooperation Deutschlands .....	746
1. Frankreich .....	746
2. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland .....	747
3. Vereinigte Staaten von Amerika .....	748
E. Einflüsse des supranationalen EU-Rechts .....	748
I. Organisationsrecht .....	749
II. Binnenmarkt für Verteidigungsgüter und Verteidigungsindustriepolitik .....	750
III. Einwirkungen querschnittlicher supranationaler Rechtsakte der EU auf die internationale Rüstungskooperation .....	752
IV. Ergänzende Überlegungen zu Art. 4 Abs. 2 S. 3 EUV mit Blick auf „misslungene Bereichsausnahmen“ .....	756
F. URENCO .....	757
G. Gesamtbild .....	758
<b>6. Teil. Schutz der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte</b> .....	761
<b>§ 26 Soldatisches Disziplinarrecht</b> .....	761
A. Funktionsfähigkeit der Streitkräfte und Disziplinarrecht .....	762
I. Die historischen Vorläufer der WDO .....	762
II. Zweck des Disziplinarrechts .....	763
III. Verhältnis zwischen Strafrecht und Wehrdisziplinarrecht .....	764
1. Gesetzliche Grundlagen .....	764
2. Verfassungsrechtliche Rechtsprechung .....	765
3. Kritik an der Rechtsprechung .....	766
B. Grundlagen des Wehrdisziplinarrechts .....	766
I. Anwendungsbereich der WDO .....	766
II. Der Begriff des „Dienstvergehens“ .....	767
III. Allgemeine Bestimmungen zur Ahndung von Dienstvergehen .....	768
1. Opportunitätsprinzip .....	768
2. Grundsatz der Einheit des Dienstvergehens .....	768
3. Verhältnis von Disziplinarmaßnahmen zu Strafen und Ordnungsmaßnahmen .....	769
4. Beschleunigungsgebot .....	771
5. Verhängungsverbote aufgrund von Zeitablauf .....	771
6. Verbot der Mehrfachahndung .....	772
IV. Wehrdienstgerichtsbarkeit .....	773
V. Das Disziplinarverfahren .....	774
1. Einfaches Disziplinarverfahren .....	774
2. Gerichtliches Disziplinarverfahren .....	775
C. Materielles Disziplinarrecht .....	776
I. Würdigung besonderer Leistungen .....	776
II. Ahndung von Dienstvergehen .....	777
1. Einfache Disziplinarmaßnahmen .....	777
2. Gerichtliche Disziplinarmaßnahmen .....	777
III. Bemessung der Disziplinarmaßnahme .....	778
1. Allgemeine Richtlinien der Maßnahmebemessung .....	778
2. Maßnahmebemessung nach der Rechtsprechung .....	779

D. Novellierung der WDO .....	780
I. Ziele der Novellierung .....	780
II. Fazit und Ausblick .....	780
1. Verfahrensbeschleunigung .....	780
2. Anhörung der Vertrauensperson in der Hauptverhandlung .....	781
3. Neuregelung von Durchsuchung und Beschlagnahme .....	781
4. Ausblick .....	783
<b>§ 27 Schutz der Streitkräfte durch Strafnormen .....</b>	<b>785</b>
A. Funktionsfähigkeit der Streitkräfte und Strafrecht .....	785
B. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches .....	787
I. Straftaten gegen die Landesverteidigung .....	787
1. Der strafrechtliche Begriff der Landesverteidigung .....	787
2. Verminderung der personellen Ressourcen der Streitkräfte .....	788
3. Störungen des Betriebs der Streitkräfte .....	789
4. Sicherheitsgefährdende Handlungen gegen die Bundeswehr .....	790
II. Weitere Straftatbestände mit Bundeswehrbezug .....	791
1. Staatsschutzdelikte .....	791
2. Sachbeschädigungsdelikte .....	792
3. Widerstandsdelikte .....	792
4. Sonstige Straftatbestände des StGB .....	792
C. Das Ordnungswidrigkeitenrecht .....	793
D. Das Wehrstrafgesetz .....	793
I. Allgemeine Bestimmungen .....	793
1. Anwendungsbereich .....	793
2. Schuldvorwurf .....	794
3. Strafen .....	794
II. Militärische Straftaten .....	795
1. Dienstentziehungsdelikte .....	795
2. Straftaten Untergebener .....	795
3. Straftaten Vorgesetzter .....	796
E. Fazit .....	796
<b>§ 28 Die Abwehr von Extremismus und Spionage .....</b>	<b>799</b>
A. Institutionelle Vorgeschichte .....	799
B. Verfassungsschutz- und Abwehraufgaben in der Bundeswehr .....	800
C. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	802
I. Verfassungsorganisationsrecht und MAD .....	802
II. MADG: Gesetzgebungserfordernis und -befugnis .....	804
D. Abwehr- und Abschirmaufgaben .....	805
I. Abschirmdienst .....	805
II. Spionage- und Sabotageabwehr (einschließlich Zersetzung) .....	806
III. Der MAD im Auslandseinsatz .....	808
IV. Extremismusabwehr .....	810
V. Internationale Terrorismus- und Extremismusabwehr .....	816
VI. Kritische Regelungstechnik – Rückwirkungen auf das MADG? .....	818
E. Verfassungsschutzverbund und vernetzte Sicherheit .....	820
F. Reform der Datenübermittlungsregeln und MADG .....	823
<b>§ 29 Die Überprüfung der sicherheitlichen Zuverlässigkeit von Soldatinnen und Soldaten .....</b>	<b>827</b>
A. Grundsätzliches .....	827
I. Bedarf und Zweck einer sicherheitlichen Überprüfung .....	827
II. Rechtsgrundlagen und ihre maßgeblichen Entwicklungen .....	828

B. Sicherheitsüberprüfungsverfahren .....	831
I. Zuständigkeiten .....	831
II. Überprüfungsarten und Überprüfungsichte .....	832
III. Verfahrensgrundsätze .....	834
IV. Sicherheitsrisiken .....	836
V. Abschluss des Verfahrens .....	837
VI. Sicherheitserhebliche Erkenntnisse nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfung .....	838
VII. Rechtsschutz .....	838
C. Fazit .....	839
<b>§ 30 Selbstschutz der Bundeswehr mittels unmittelbaren Zwangs .....</b>	<b>841</b>
A. Vorbemerkung .....	842
B. Entstehung und Einordnung des UZwGBw .....	842
C. Der Geltungsbereich des UZwGBw .....	843
I. Berechtigte Personen (persönlicher Geltungsbereich) .....	843
1. Soldaten der Bundeswehr (§ 1 Abs. 1 UZwGBw) .....	844
2. Soldaten verbündeter Streitkräfte (§ 1 Abs. 2 UZwGBw) .....	844
3. Ziviles Wachpersonal (§ 1 Abs. 3 UZwGBw) .....	844
II. Militärische Bereiche und Sicherheitsbereiche (örtlicher Geltungsbereich) .....	844
1. Deutsches Hoheitsgebiet .....	844
2. Geltung im Ausland .....	845
3. Militärischer Bereich und militärischer Sicherheitsbereich .....	845
III. Straftaten gegen die Bundeswehr (sachlicher Geltungsbereich) .....	847
D. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 12 UZwGBw) .....	847
I. Grundsatz der Geeignetheit .....	848
II. Grundsatz der Erforderlichkeit .....	848
III. Grundsatz der Angemessenheit .....	848
E. Besondere Befugnisse in militärischen Sicherheitsbereichen .....	848
I. Personenüberprüfung (§ 4 UZwGBw) .....	849
II. Weitere Personenüberprüfung (§ 5 UZwGBw) .....	849
III. Vorläufige Festnahme (§ 6 UZwGBw) .....	850
IV. Durchsuchung (§§ 7, 8 UZwGBw) .....	850
1. Durchsuchung und Beschlagnahme (§ 7 UZwGBw) .....	850
2. Durchsuchung und Beschlagnahme (§ 8 UZwGBw) .....	851
F. Anwendung unmittelbaren Zwanges .....	852
I. Einzelmaßnahmen des unmittelbaren Zwanges (§ 10 UZwGBw) ....	853
II. Voraussetzungen des unmittelbaren Zwanges (§ 9 UZwGBw) .....	853
1. Verhinderung von Straftaten gegen die Bundeswehr (§ 9 Nr. 1 UZwGBw) .....	853
2. Beseitigung rechtswidriger Störungen (§ 9 Nr. 2 UZwGBw) ....	854
3. Erzwingung von Maßnahmen des UZwGBw sowie der vorläufigen Festnahme nach § 127 StPO (§ 9 Nr. 3 UZwGBw) .....	855
4. Androhung und Hilfeleistung für Verletzte .....	855
G. Schusswaffengebrauch gegen Personen .....	856
I. Anwendungsfälle für den Gebrauch von Schusswaffen gegen Personen (§ 15 UZwGBw) .....	856
1. Schusswaffengebrauch gegen Einzelpersonen .....	856
2. Schusswaffengebrauch gegen eine Menschenmenge (§ 15 Abs. 2 UZwGBw) .....	858

II. Verhältnismäßigkeit und Androhung des Schusswaffengebrauchs gegen Personen .....	858
1. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Rahmen des Schusswaffengebrauchs .....	859
2. Androhung des Schusswaffengebrauchs .....	859
H. Schlussbemerkung .....	860
<b>7. Teil. Die Rechtsstellung des Soldaten .....</b>	<b>861</b>
<b>§ 31 Grundsatz: Staatsbürger in Uniform und Innere Führung .....</b>	<b>861</b>
A. Einführung .....	862
I. Staatsstrukturprinzipien als rechtlicher Rahmen .....	863
II. Rechtsbindung der Streitkräfte unter dem Grundgesetz .....	864
B. Der Leitbegriff der „Inneren Führung“ .....	866
I. Verrechtlichung der Inneren Führung .....	866
1. Entstehung des Konzepts der Inneren Führung .....	869
2. Innere Führung als historischer Gegenentwurf .....	869
II. Fortentwicklung der „Inneren Führung“ .....	870
C. Der Leitbegriff des „Staatsbürgers in Uniform“ .....	871
I. Verfassungsrechtliche Rechtsstellung von Soldaten .....	872
1. Rechtsstellung von Soldaten vorheriger deutscher Streitkräfte .....	872
2. Rechtsstellung von Soldaten unter dem Grundgesetz .....	873
II. Prinzip des gewissen geleiteten Gehorsams .....	877
III. Politisch motivierter „Staatsbürger in Uniform“ als Idealbild .....	877
IV. Politische Betätigung von Soldaten .....	878
D. Organisatorische Verankerung der Inneren Führung .....	879
I. Der Wehrbeauftragte .....	879
II. Der Aufgabenverbund Innere Führung .....	880
1. Das Zentrum Innere Führung .....	880
2. Weitere Organisationseinheiten im Aufgabenverbund .....	880
III. Der Beirat für Fragen der Inneren Führung .....	881
E. Vergleich mit Konzepten anderer Staaten .....	881
F. Herausforderungen für die Innere Führung .....	882
G. Zusammenfassung und Perspektiven .....	883
<b>§ 32 Der Soldatenstatus .....</b>	<b>885</b>
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	886
I. Ausgangspunkt .....	886
II. Anwendungsbereich von Art. 33 Abs. 4 GG .....	886
1. Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse .....	887
2. „als ständige Aufgabe“ .....	887
3. „öffentlicher Dienst“ .....	887
III. Kein Anwendungsbereich von Art. 33 Abs. 5 GG .....	888
IV. Folgen .....	888
1. Keine hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums .....	888
2. Öffentlich-rechtliches Verhältnis .....	888
3. Dienst- und Treueverhältnis .....	889
B. Statusverhältnisse .....	889
I. Wehrdienstverhältnis infolge Wehrpflicht (WPfLG, SG) .....	889
1. Verfassungsrechtliche Wehrpflicht .....	889
2. Wehrpflicht nach dem SG .....	890
II. Freiwillige Wehrdienstverhältnisse .....	891
1. Berufssoldat .....	891
2. Soldat auf Zeit .....	902
3. Eignungsübender .....	907

4. Freiwilliger Wehrdienst als besonderes staatsbürgerliches Engagement .....	911
5. Reservistendienst Leistendernach dem 4. Abschnitt des SG .....	912
6. Reservistendienst Leistende nach dem ResG .....	918
7. Reservistendienst Leistendenach § 81 SG .....	919
8. Exkurs: Faktische Wehrdienstverhältnisse .....	920
<b>§ 33 Rechte des Soldaten und Befehlsrecht .....</b>	<b>921</b>
A. Rechte des Soldaten .....	922
I. Konkretisierungen staatsbürgerlicher Rechte .....	924
1. Patientenrechte .....	924
2. Datenschutz .....	924
3. Religionsausübung .....	924
4. Wahlrecht .....	924
5. Dienstverhältnis .....	925
6. Rechte hinsichtlich des Dienstbetriebs .....	927
II. Rechte aus dem Dienstverhältnis .....	928
1. Fürsorge .....	928
2. Haftungsprivilegierung .....	930
3. Dienstzeitbescheinigung .....	930
III. Rechtsschutz .....	930
1. Anspruch auf Rechtsausbildung .....	931
2. Rechtsmittel und -behelfe des Wehrdienstverhältnisses .....	931
B. Befehlsrecht .....	931
I. Was ist Befehlsrecht? .....	931
1. Befehl als Mittel zur Führung von Soldaten .....	932
2. Überblick: Begrenzung des Befehlsrechts .....	933
3. Wirkung und Rechtsschutz .....	934
II. Die militärische Anweisungsbefugnis .....	935
1. Anweisung .....	935
2. „bestimmtes Verhalten“ .....	936
3. Vorgesetzter .....	937
4. Gehorsamsanspruch .....	937
5. Formfreiheit von Befehlen .....	938
III. Die einzelnen Vorgesetztenverhältnisse .....	938
1. Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt (Art. 65a GG/ Art. 115b GG) .....	938
2. Vertreter des Ministers (§ 14 Abs. 3 GO BRreg) .....	939
3. Problematisch: Generalinspekteur der Bundeswehr .....	939
4. Vorgesetzter infolge § 21 Abs. 2 S. 2 WDO .....	940
5. Vorgesetzter infolge § 1 Abs. 3 S. 2 iVm VorgV .....	940
IV. Die Rechtmäßigkeit eines Befehls .....	949
1. Dienstlicher Zweck .....	950
2. Regeln des Völkerrechts .....	951
3. Gesetze .....	951
4. Dienstvorschriften .....	951
5. Nonkonformität mit § 10 Abs. 4 SG .....	952
V. (Un-)Verbindlichkeit eines Befehls .....	952
1. Fehlender dienstlicher Zweck .....	953
2. Unzumutbarkeit .....	953
3. Menschenwürdeverstoß .....	954
4. Straftat .....	955
5. Völkerrechtswidrige Befehle .....	956

6. Allgemeine Unverbindlichkeitsgründe .....	956
7. Irrtumsregeln .....	956
VI. Rechtsschutz gegen Befehle .....	957
<b>§ 34 Soldatische Pflichten .....</b>	<b>959</b>
A. Verfassungsrechtliche Konkretisierungen .....	960
I. Ausübung hoheitlicher Befugnisse .....	960
1. Pflicht zum treuen Dienen und zur Tapferkeit (§ 7 SG) .....	960
2. Pflicht, für die demokratische Grundordnung einzutreten (§ 8 SG) .....	961
3. Gehorsamspflicht (§ 11 Abs. 1 SG) .....	964
4. Disziplinwahrungspflicht (§ 17 Abs. 1 SG) .....	965
5. Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken (§ 19 Abs. 1 SG) .....	966
II. Pflichten infolge des Rechtsstaatsgebotes .....	967
1. Rechtmäßigkeit bei der Befehlserteilung .....	967
2. Angemessene Befehlsdurchsetzung .....	969
B. Pflichten zur Erfüllung des Dienstbetriebs .....	969
I. Pflicht zur Kameradschaft (§ 12 SG) .....	969
II. Pflicht zur Wahrheit (§ 13 Abs. 1 SG) .....	970
III. Pflicht zur Verschwiegenheit und Herausgabe .....	971
1. Allgemeine Verschwiegenheitspflicht (§ 14 Abs. 1 S. 1 SG) .....	971
2. Aussage- und Erklärungsverbot (§ 14 Abs. 2 SG) .....	973
3. Herausgabeanspruch (§ 14 Abs. 3 SG) .....	974
IV. Pflichten im Zusammenhang mit politischer Betätigung .....	974
1. Betätigungsverbot im Dienst (§ 15 Abs. 1 SG) .....	975
2. Beeinflussungsverbot in dienstlichen Unterkünften (§ 15 Abs. 2 SG) .....	976
3. Uniformtrageverbot bei politischen Veranstaltungen (§ 15 Abs. 3 SG) .....	977
V. Einmischungsverbot im Aufenthaltsstaat (§ 16 SG) .....	977
VI. Innerdienstliche Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 2 S. 1 SG) .....	978
VII. Verhüllungsverbot (§ 17 Abs. 2 S. 2 SG) .....	979
VIII. Pflicht zur Gesunderhaltung (§ 17a SG) .....	980
IX. Gemeinschaftsunterkunft und -verpflegung (§ 18 SG) .....	982
C. Nachdienstliche Pflichten .....	983
I. Außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 2 S. 3 SG) .....	983
II. Pflichten im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten (§ 20 SG) .....	984
III. Pflichten nach dem Wehrdienstverhältnis .....	986
1. Wiederverwendungs-Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 3 SG) .....	986
2. Anzeigepflicht (§ 20a SG) .....	986
D. (Übrige) Pflichten des Vorgesetzten .....	987
I. Dienstaufsichtspflicht (§ 10 Abs. 2 SG) .....	987
II. Fürsorgepflicht (§ 10 Abs. 3 SG) .....	988
III. Zurückhaltungspflicht bei Äußerungen (§ 10 Abs. 6 SG) .....	988
IV. Dienstliches Erfordernis von Meldungen (§ 13 Abs. 2 SG) .....	988
V. Verbot politischer Beeinflussung (§ 15 Abs. 4 SG) .....	989
<b>§ 35 Soldatisches Beschwerderecht .....</b>	<b>991</b>
A. Entstehung und Abgrenzung .....	992
I. Entwicklung .....	992
II. Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten .....	993
B. Grundlagen des Beschwerderechts .....	994
I. Gegenstand .....	994
1. Allgemeines Beschwerderecht .....	994
2. Sonstige Beschwerden .....	994

II. Einheitliches Vorverfahren .....	995
III. Anwendbares Recht .....	995
IV. Schutzmechanismen .....	995
C. Das Beschwerdeverfahren .....	996
I. Einlegung .....	996
1. Zuständige Stelle .....	996
2. Form und Frist .....	996
3. Abgesetzte Truppenteile .....	997
4. Rücknahme .....	997
II. Sonderfall Vermittlungs- und Ausspracheverfahren .....	997
III. Beschwerdearten .....	998
1. Truppendienstliche Beschwerde .....	998
2. Beschwerde in Verwaltungsangelegenheiten .....	999
3. Disziplinarbeschwerde .....	1000
IV. Wirkung und einstweilige Maßnahmen .....	1001
V. Entscheidung über die Beschwerde .....	1001
1. Zuständigkeit .....	1001
2. Entscheidungsvorbereitung .....	1002
3. Beschwerdebescheid .....	1002
VI. Die weitere Beschwerde .....	1003
VII. Notwendige Aufwendungen und Kosten im vorgerichtlichen Verfahren .....	1003
D. Das gerichtliche Verfahren .....	1004
I. Grundlagen .....	1004
II. Anträge auf gerichtliche Entscheidungen .....	1004
1. Antrag auf Entscheidung des Truppendienstgerichts .....	1005
2. Der Weg zum Bundesverwaltungsgericht .....	1008
III. Rechtsbeschwerde und Nichtzulassungsbeschwerde .....	1008
E. Ausblick .....	1009
<b>§ 36 Soldatische Beteiligungsrechte</b> .....	1011
A. Entwicklung und Rechtsgrundlagen .....	1012
I. Beteiligung nach SG F. 1956 und PersVG F. 1955 .....	1012
II. Änderungen im SG F. 1975 und BPersVG F. 1974 .....	1013
III. Überleitung zum SBG F. 1991 .....	1013
IV. Novellierung im SBG F. 1997 .....	1014
V. Neufassung des SBG F. 2016 .....	1014
B. Allgemeine Grundsätze (§§ 1, 2 SBG) .....	1015
I. Dualismus der Vertretungen (§ 1 Abs. 1 SBG) .....	1015
II. Beteiligung als Führungsgrundsatz .....	1016
III. Abgrenzung zu anderen Instituten (§ 1 Abs. 2 SBG) .....	1017
IV. Verantwortung der Vorgesetzten (§ 1 Abs. 3 SBG) .....	1017
V. Beteiligung und Gewerkschaften (§ 2 Abs. 1 SBG) .....	1017
1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit (§ 9 Abs. 1 BPersVG) .....	1017
2. Zugangsrecht (§ 9 Abs. 2 BPersVG) .....	1018
3. Koalitionsfreiheit der Soldaten (§ 9 Abs. 3 BPersVG) .....	1018
VI. Verschwiegenheit der Vertretung (§ 2 Abs. 2 SBG) .....	1018
VII. Unfallschutz der Vertretungen (§ 2 Abs. 3 SBG) .....	1018
C. Wahl und Rechtsstellung der Vertretungen .....	1018
I. Amtszeit .....	1018
II. Ehrenamtlichkeit .....	1019
III. Wahlbereiche (§ 4 SBG, § 6 BPersVG) .....	1019
IV. Ebenen der Gremien .....	1019
1. Örtliche Versammlungen (§ 33 SBG) .....	1020

2. Vertrauenspersonenausschüsse (§ 37 SBG) .....	1020
3. Gremien der Großverbände (§ 34 SBG) .....	1020
4. Stufenvertretungen (§ 117 BPersVG) .....	1020
D. Schutz, Rechtsschutz der Vertretungen .....	1021
E. Beteiligung der Vertrauenspersonen .....	1022
I. Nichtförmliche Beteiligung (§§ 19, 20 SBG) .....	1022
1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit (§ 19 Abs. 1, 2 SBG) .....	1022
2. Allgemeine Aufgaben (§ 19 Abs. 3 SBG) .....	1023
3. Unterstützung (§ 20 SBG) .....	1023
II. Förmliche Beteiligung (§§ 21 ff. SBG) .....	1024
1. Anhörung (§ 21 SBG) .....	1024
2. Vorschlagsrecht (§ 22 SBG) .....	1025
3. Mitbestimmung (§ 23 SBG) .....	1025
III. Personelle Maßnahmen (§§ 24, 27, 29, 30 SBG) .....	1026
1. Verwendungsmaßnahmen (§ 24 Abs. 1 SBG) .....	1026
2. Fürsorgliche Maßnahmen (§ 24 Abs. 2 SBG) .....	1026
3. Beförderungen (§ 24 Abs. 4 SBG) .....	1026
4. Berufsförderung (§ 27 SBG) .....	1026
5. Bestpreise (§ 29 SBG) .....	1027
6. Auszeichnungen, Leistungsbesoldung (§ 30 SBG) .....	1027
IV. Dienstbetrieb, Betreuung und Fürsorge (§§ 25, 26 SBG) .....	1027
1. Mitbestimmung im Dienstbetrieb (§ 25 Abs. 3 SBG) .....	1027
2. Anhörung im Dienstbetrieb (§ 25 Abs. 1, 2 SBG) .....	1027
3. Mitbestimmung bei Betreuung (§ 26 Abs. 3 SBG) .....	1028
4. Anhörung bei Betreuung und Fürsorge (§ 26 Abs. 4, 5 SBG) .....	1028
5. Fürsorgeausschüsse (§ 26 Abs. 1, 2 SBG) .....	1028
V. Verfahren nach WBO und WDO (§§ 28, 29, 31 SBG) .....	1028
1. Einfache Disziplinarmaßnahmen (§ 28 Abs. 1 SBG) .....	1028
2. Gerichtliche Disziplinarverfahren (§ 28 Abs. 2 SBG) .....	1029
3. Förmliche Anerkennungen (§ 29 SBG) .....	1029
4. Wehrbeschwerdeverfahren (§ 31, § 32 SBG) .....	1029
VI. Mitbetroffenheit von Zivilpersonal (§ 26 Abs. 1, §§ 60, 63 SBG) .....	1029
1. Gemeinsame Angelegenheiten in Personalräten .....	1030
2. Kasernen- und Standortausschüsse (§ 26 Abs. 1 SBG) .....	1030
VII. Beteiligung der Vertrauenspersonenausschüsse (§§ 38 Abs. 3, 39 Abs. 2, 63 Abs. 4, 5 SBG) .....	1030
F. Beteiligung im Einsatz .....	1031
I. Besondere Auslandsverwendungen (§§ 53 ff. SBG) .....	1031
II. Inlandseinsätze .....	1032
III. Verteidigungs- und Bündnisfall .....	1032
<b>§ 37 Gleichstellung und Gleichbehandlung in den Streitkräften</b> .....	<b>1033</b>
A. Einleitung .....	1034
I. Frauen in den deutschen Streitkräften .....	1034
II. Begrifflichkeit Gleichberechtigung, Gleichbehandlung, Gleichstellung .....	1034
B. Gleichstellung in den Streitkräften: SGleiG = BGleiG versus militärische Besonderheiten .....	1035
I. Ziele .....	1035
II. Maßnahmen zur Gleichstellung in den Streitkräften .....	1036
1. Sprachliche Gleichbehandlung und die Option zur Einführung weiblicher Dienstgradbezeichnungen (§ 4 Abs. 4 und 5 SGleiG) ...	1036
2. Keine Frauenquote (§ 3 Abs. 5 SGleiG) .....	1036
3. Frauenförderung mit Augenmaß (§§ 1 Abs. 2, 7 SGleiG) .....	1037

4. Erstattung zusätzlich anfallender unabdingbarer Betreuungskosten (§ 17 SGleiG) .....	1037
5. Gleichstellungsplan als Instrument der Personalplanung (§§ 18 ff. SGleiG) .....	1038
6. Teilzeitbeschäftigung (§§ 11, 12 SGleiG iVm § 30a SG) .....	1038
7. Wahlrecht für die militärische Gleichstellungsbeauftragte nur für Soldatinnen (§ 24 SGleiG) .....	1038
III. Die militärische Gleichstellungsbeauftragte .....	1039
1. Rechtsstellung: gewählt, weisungsfrei, entlastet und geschützt (§§ 29, 42 Abs. 1 S. 1, Abs. 2, Abs. 4, Abs. 7 SGleiG) .....	1039
2. Aufgaben: Beratung, Unterstützung, Sachwalterin der Gleichstellungsgesetze (§ 49 SGleiG) .....	1039
3. Befugnisse: Initiative, Information, Mitwirkung und Einspruch (§§ 50 ff., 68 f. SGleiG) .....	1040
IV. Militärische Gleichstellungsvertrauensfrau (§§ 16d, 19 Abs. 3 SGleiG)	1041
1. Rechtsstellung, Abgrenzung zur Gleichmil .....	1042
2. Augen und Ohren der militärischen Gleichstellungsbeauftragten auf Bataillonsebene (§ 67 Abs. 1 SGleiG) .....	1042
3. Rechtsstellung bei übertragenen Aufgaben durch die militärische Gleichstellungsbeauftragte (§ 64 SGleiG) .....	1042
V. Kurzzusammenfassung .....	1043
C. Gleichbehandlung in den Streitkräften: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz minus X plus Y .....	1043
I. SoldGG und AGG: Warum benötigen wir beides? .....	1043
II. Wesentliche Unterschiede zwischen dem AGG und dem SoldGG ....	1043
1. Reichweite des Schutzes vor Belästigung (§§ 1, 3 Abs. 1 SoldGG) .	1043
2. Soldatische Dienstpflicht neben dem Soldatengesetz (§ 7 Abs. 2 SoldGG) .....	1044
3. Gleichstellungsrelevante Gleichbehandlung (§ 3 Abs. 4 SoldGG in der Rechtsprechung des BVerwG) .....	1044
4. Kein Leistungsverweigerungsrecht für Soldatinnen und Soldaten ...	1045
5. AGG versus SoldGG bei statusübergreifenden Belästigungen/ Diskriminierungen .....	1045
III. Zusammenfassung .....	1046
D. Ausblick Gleichbehandlung und Gleichstellung in den Streitkräften ....	1046
<b>Sachverzeichnis</b> .....	1047